



# 2004/22 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2004/22/hohmanns-soligruppe>

## Hohmanns Soligruppe

Von **ernst kovahl**

**Der rechte Rand des konservativen Lagers traf sich in Fulda zu einem Symposium. Denn man fühlt sich unterdrückt. von ernst kovahl**

Martin Hohmann, Jürgen W. Möllemann und die Junge Freiheit eint das gleiche Schicksal. Sie alle wurden oder werden unterdrückt. Rote, Grüne, »Zeitgeistler« und die Presse wollen ihnen ihr Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit streitig machen.

Davon ist zumindest die »Stimme der Mehrheit – Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler« überzeugt, die am 8. Mai ins Fuldaer Hotel Maritim zu ihrem Frühlingssymposium geladen hatte. Vor den mehr als 200 Gästen der nicht öffentlichen Veranstaltung referierte ausgewählte Prominenz der deutschen Rechten über: »Meinungsfreiheit in Deutschland – Grundrecht oder Farce?« Die Presse war ausdrücklich nicht erwünscht, da eine »freie Diskussion« sonst nicht möglich sei, wie einer der Veranstalter zur Eröffnung erklärte.

Bekannte Vertreter unterschiedlicher Strömungen des deutschen Konservatismus und der extremen Rechten kamen in Fulda zusammen. Der prominenteste Gast und heimliche Star auf dem Podium war der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, der noch einmal seine antisemitische Rede vom 3. Oktober 2003 verteidigte, die zu seinem Rausschmiss aus der Bundestagesfraktion der CDU/CSU geführt hatte, und sich als verfolgte Unschuld präsentierte. Er betonte seinen Wunsch, weiterhin Mitglied der CDU bleiben zu können. Derzeit läuft ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn.

Unterstützung bekam er, wie schon häufiger in der Vergangenheit, von Norbert Geis (CSU), dem Rechtspolitiker der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. In einem Flugblatt des Bundes der Selbstständigen, das in Fulda verteilt wurde, schiebt Norbert Geis die alleinige Schuld am Skandal um Hohmann den Medien zu. Sie hätten falsch über die Rede berichtet und so die Union unter Druck gesetzt. Auf der Veranstaltung fiel Geis allerdings auch die undankbare Aufgabe zu, die Position seiner Partei zu erläutern, was ihm wenig Sympathie einbrachte. Als er die Anwesenden aufforderte, sich weiterhin in der CDU zu engagieren – sie sei ja schließlich eine »demokratische Partei« –, erntete er nur höhnisches Gelächter.

Als weiteres prominentes Aushängeschild der gemäßigten Rechten versuchte der bekannte TV-Journalist Heinz Klaus Mertes vergeblich, dem Publikum zu erklären, dass es in Deutschland doch Meinungs- und Pressefreiheit gebe. Die deutsche Rechte kritisierte er für ihren oftmals unprofessionellen und voreingenommenen Umgang mit den Medien.

Auch Gerd Schultze-Rhonhof durfte sich als vermeintliches Opfer der political correctness darstellen. Immer wieder würden Antifas seine Vorträge stören, und im Internet laufe eine wahre Verleumdungskampagne gegen ihn. Die dort zusammengestellten Informationen könnten nur, so sein Verdacht, aus abgehörten Telefonaten oder heimlich geöffneten Briefen stammen. In bester verschwörungstheoretischer Manier bezichtigte er ein nicht näher bezeichnetes »Landesamt« der deutschen Geheimdienste der Kooperation mit Antifas. Schultze-Rhonhof ist im vergangenen Jahr als Autor eines geschichtsrevisionistischen Buches über den Zweiten Weltkrieg an die Öffentlichkeit getreten. Darin verbreitet er die Lüge, Frankreich und Großbritannien seien die eigentlich Schuldigen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die FAZ bezeichnete die Thesen des ehemaligen Bundeswehroffiziers zu recht als »abstrus«.

Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der FDP in Nordrhein-Westfalen, Achim Rhode, schilderte den Umgang der Presse mit seinem verstorbenen Freund Jürgen W. Möllemann als einen weiteren Fall von Verleumdung und als Behinderung der Meinungsfreiheit. Von Eingriffen in die Pressefreiheit konnte auch der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl berichten. Denn die Beobachtung der rechtsextremen Wochenzeitung Junge Freiheit, die er als Anwalt vor Gericht vertritt, durch den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen sei nicht gerechtfertigt.

Als die Vorträge enden und das Publikum das Wort erhält, gibt es kein Halten mehr. Die Stimmung wird gereizter, der versammelte Mittelstand will sich nicht allein mit konservativen Positionen zufrieden geben. Als Norbert Geis zum Beispiel anmerkt, er wolle die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel nicht belasten, erntet er Protest. Ein Anzugträger springt sogar auf und ruft erregt in den Raum: »Aber ich!« Ein anderer raunt seinem Sitznachbarn zu: »Der will doch Groß-Israel.«

Die laute Mehrheit im Saal fordert auch die Abschaffung des Paragraphen 130, der den Straftatbestand der Volksverhetzung und der Leugnung der Shoa beinhaltet. Heiner Kappel, Bundesvorsitzender der Deutschen Partei, macht sich zum Sprecher dieser Forderung, als er in Fulda ausruft: »Der muss weg!« Geis dagegen spricht sich für die Beibehaltung des Paragraphen aus und erzählt, dass er selbst an der Formulierung des Gesetzes mitgearbeitet hat.

Die »Stimme der Mehrheit« wurde im Mai 1997 in München gegründet und will sich um »die längst fällige geistig-moralische Erneuerung, um die Anerkennung und Förderung der Leistungswilligen in Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt um die Vertretung der Interessen des eigenen Volkes« kümmern. Als Gründer des neurechten Braintrusts werden eine ganze Reihe bekannter Personen der Rechten genannt, wie etwa Alexander von Stahl, der Verleger Herbert Fleißner, der »Anti-Antifa«-Professor Hans-Helmuth Knütter und der ehemalige Präsident des Studienzentrums Weikersheim, Klaus Hornung. Der Bund der Selbstständigen aus Nordrhein-Westfalen, in dem angeblich rund 90 000 Firmen Mitglied sind, nennt die Arbeitsgemeinschaft als Kooperationspartner.

Die »Stimme der Mehrheit« führt auf ihrer Internetseite wiederum andere Organisationen als Mitglieder und Kooperationspartner auf: den »Deutschland Brief« aus dem Verlag von Bruno Bandulet, die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft von Reinhard Uhle-Wetter, den »Informationsdienst Vertrauliche Nachrichten« oder den Freiheitlichen Akademikerverband aus dem österreichischen Salzburg.

Auch der Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger (CDU) war ursprünglich nach Fulda eingeladen worden. Nachdem er zunächst sein Kommen zugesagt hatte, verzichtete er dann

doch auf den Auftritt. In einem Schreiben, das der Jungle World vorliegt, kritisiert Pflüger, die Veranstaltung drohe »zu einer reinen Hohmann-Solidaritätsveranstaltung auszuarten«. »Dies scheint mir – im Zusammenhang mit dem Datum 8. Mai – ein Rahmen zu sein, in dem ich nicht auftreten möchte.« Stattdessen referierte er lieber an einem vermeintlich unbelasteten Ort – auf dem Jahreskongress des Studienzentrums Weikersheim, das der ehemalige Marinerichter Hans Filbinger ins Leben gerufen hat.